

Seite: 17
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 24
Auflage: 257.583 (gedruckt) 238.438 (verkauft)
 250.840 (verbreitet)
Reichweite: 0,763 (in Mio.)

Fachkräfte für alle - nur nicht für die Zeitarbeit

Anders als andere Wirtschaftszweige soll die Branche nicht vom erleichterten Zuzug aus dem Ausland profitieren. Der Unmut ist groß.

Von Britta Beeger

FRANKFURT, 28. Januar. Deutschland bekommt ein Einwanderungsgesetz - endlich, jubeln Wirtschaftsvertreter. Sie können künftig nicht mehr nur Akademiker aus Drittstaaten außerhalb der EU anwerben, sondern auch Menschen mit einer klassischen Berufsausbildung, Mechaniker, Elektriker oder Pflegekräfte etwa. Einem Wirtschaftszweig wird diese Möglichkeit allerdings weiterhin verwehrt: der Zeitarbeit. Innerhalb der Branche sorgt das für viel Unmut. "Unsere Rolle ist es, Unternehmen dabei zu helfen, dringend benötigte Mitarbeiter zu finden. Derzeit müssen wir aber sehr viele Anfragen ablehnen", sagte Sebastian Lazay, Präsident des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister (BAP), der F.A.Z. "Warum also dürfen wir keine Fachkräfte anwerben?"

Ausgangspunkt seiner Kritik ist Paragraph 40 im aktuellen Aufenthaltsgesetz. Darin heißt es, die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zum Erteilen eines Aufenthaltstitels, der dazu berechtigt, eine Beschäftigung auszuüben, sei zu versagen, "wenn der Ausländer als Leiharbeiter tätig werden will". Die Zeitarbeitsbranche hatte gehofft, dass dieser Paragraph im Entwurf für das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, der vom Kabinett schon verabschiedet wurde und nun in den Bundestag geht, gestrichen würde. Schließlich seien die Voraussetzungen heute ganz andere als noch in den neunziger Jahren, aus denen die Regelung rühre, sagt Lazay: "Unsere Wirtschaft ist auf Zuwanderung angewiesen. Und gerade die Zeitarbeit hat mit der Integration ausländischer Arbeitskräfte sehr viel Erfahrung." Das habe sich zum Beispiel bei der Integration von Flüchtlingen gezeigt. Der amtlichen Statistik zufolge ist bisher jeder dritte Flüchtling, der Arbeit gefunden hat, in der Zeitarbeit untergekommen.

So wie BAP-Präsident Lazay argumentiert auch der zweite große Verband der Branche, der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen. Er verweist auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, wonach zwar mehr als die Hälfte der gut eine Million Leiharbeiter in Deutschland in Helfertätigkeiten eingesetzt ist, es sich bei der anderen Hälfte aber um Fachkräfte handelt. Die wichtigsten Einsatzgebiete sind Umfragen zufolge die Automobilindustrie und der Maschinenbau, wo der Bedarf an Arbeitskräften besonders groß ist. Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag zufolge haben 83 Prozent der Zeitarbeitsunternehmen inzwischen aber selbst Schwierigkeiten, Stellen zu besetzen.

Was das in der Praxis bedeutet, erlebt Andreas Nusko, Geschäftsführer des mittelständischen Personalvermittlers Franz und Wach, jeden Tag. "Unser Problem ist nicht, Aufträge zu bekommen, sondern die Stellen zu besetzen", sagt er. "Je höher die Anforderungen sind, desto schwieriger wird es." Franz und Wach beschäftigt rund 2500 Zeitarbeitskräfte und vermittelt in verschiedene Branchen: von der Autoindustrie über das Handwerk bis zur Pflege. Nusko sagt: "Wir können mit unseren Fachkräften beim Kunden jeden Preis erzielen, so groß ist der Bedarf."

Mit Hilfe von Vermittlungsagenturen wirbt Franz und Wach schon heute Arbeitskräfte aus anderen europäischen Ländern an. Gerne würde Nusko auch Menschen aus Drittstaaten einstellen. "Was wir richtig gut können, ist Recruiting", sagt er. "Große Konzerne wie Siemens oder Daimler schaffen es sicher allein, Personal im Ausland zu suchen, die haben dafür die nötigen Ressourcen. Mittelständische Unternehmen, mit denen wir viel zusammenarbeiten, aber nicht." Auch BAP-Präsident Lazay führt an, dass die Bundesregierung insbeson-

dere kleinen und mittelständischen Unternehmen schade, wenn sie die Zeitarbeit von der Möglichkeit ausschließe, Fachkräfte aus dem EU-Ausland anzuwerben. "Diese Betriebe sind auf uns angewiesen."

Manche Zeitarbeitsunternehmen behelfen sich derzeit damit, dass sie die bei ihnen angestellten Arbeitskräfte selbst weiterbilden. So zum Beispiel die Manpower Group aus Eschborn, der drittgrößte Personaldienstleister in Deutschland. Auch dort mache sich der Fachkräftemangel bemerkbar, sagte Deutschlandchef Frits Scholte der F.A.Z., und das nicht mehr nur bei hochspezialisierten Fachkräften, sondern sogar bei angelernten Kräften. Das Ziel eigener Qualifizierungsinitiativen sei es, die Mitarbeiter dauerhaft in den Kundeneinsatz zu vermitteln. Ob sich die Anstrengungen lohnen, ist aber immer eine Abwägung, da Leiharbeiter nach der jüngsten Regulierung im Regelfall nur noch bis zu 18 Monate im gleichen Betrieb eingesetzt werden dürfen. In anderen Unternehmen gibt es dann womöglich andere Anforderungen.

BAP-Präsident Lazay hofft nun, dass der entscheidende Paragraph im Gesetzgebungsverfahren noch gestrichen wird. Die Politik habe grundsätzlich erkannt, welche Funktion die Zeitarbeit für die Unternehmen habe und dass eine gewisse Flexibilität auch der Sicherheit der Stammbeslegschaft diene, sagt er. Trotzdem versuche vor allem die SPD immer noch, die Branche klein zu halten. "Ich fürchte, sie begreift nicht, worum es hier geht", sagt Lazay. "Nämlich nicht um die Zeitarbeit, sondern darum, dass die deutsche Wirtschaft Fachkräfte aus dem Ausland braucht." Das SPD-geführte Bundesarbeitsministerium, das den Gesetzentwurf gemeinsam mit Innen- und Wirtschaftsministerium erarbeitet hat, teilte auf Anfrage mit, es halte die Gründe für den Aus-

schluss der Leiharbeit weiter für gegeben. Ziel des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, auch unter Integrationsgesichtspunkten, sei es, dass Fachkräfte aus Drittstaaten direkt bei den Unternehmen mit den jeweiligen Bedarfen beschäftigt werden. (Kommentar Seite 22.)

Abbildung: Mangelberuf Elektriker: Die Zeitarbeitsbranche will Ausländer einstellen.
Abbildung: Foto dpa
Wörter: 771